

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1949**

8 (24.2.1949)

# BADISCHES VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 4 / Nr. 8

Mannheim, 24. Februar 1949

Preis 15 Pfg.

## Der Kampf um höhere Löhne in Westdeutschland ist entbrannt!

Metallarbeiterstreiks in Bayern der Auftakt — Ostwestfälische Holzarbeiter erzwangen durch siegreichen Streik Teuerungszulage — Streik, das Kampfmittel gegen Unternehmeroffensive

Der Kampf um höhere Löhne in Westdeutschland ist entbrannt. Die bayrischen Metallarbeiter in Nürnberg und München haben den Auftakt gegeben. Bereits stehen 15 000 Metallarbeiter im Streik, um 20 Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde für die Arbeiter und eine Erhöhung des Monatsgehaltes der Angestellten um 40.— DM durchzusetzen.

Der Kampfaufnahme in den Einzelwerken der beiden Städte Nürnberg und München gingen Streikabstimmungen voraus. In den meisten Fällen bekannten sich die Belegschaften mit über 90 % für den Streik als Kampfmittel um höhere Löhne. In Nürnberg streikten die Belegschaften der MAN-Werke, der Triumph-Werke und der Kabel- und Metallfirma Neumeyer.

Die Firma Zündapp, Nürnberg, hat ihre Belegschaft entgegen der Weisungen des Unternehmensverbandes bereits in einem betrieblichen Abschluß eine Lohnerhöhung von 5.— DM für jeden Arbeiter pro Woche und 20.— DM pro Monat für jeden Angestellten zugestanden.

In München steht die Waggonfabrik Rathgeber und Südbremse im Streik.

Die Manöver des Bayrischen Unternehmensverbandes, eine Aufspaltung der Belegschaften zwischen Arbeiter und Angestellten herbeizuführen, sind gescheitert.

### Arbeiter, übt Solidarität!

Hermann Nuding, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes der KPD, weist in einer Stellungnahme auf die entscheidende Bedeutung der in Bayern ausgebrochenen Lohnkämpfe hin. Der Ausgang dieses Kampfes hänge allein von der ganzen Kraft der Arbeiter und Angestellten in den westlichen Besatzungszonen ab. „Wenn die Gewerkschaften und Metallarbeiter den bayrischen Kollegen gegenüber ihre Pflicht erfüllen, und sie sofort mit Geld unterstützen, so wird der Kampf gewonnen werden. Wir fordern alle Arbeiter auf, in allen Betrieben sofort Versammlungen einzuberufen, um zu dem Lohnkampf in Bayern Stellung zu nehmen und ähnlich den Arbeitern der AMAG und Heltek zu beschließen, daß jeder Metallarbeiter wöchentlich 5.— DM Sonderbeitrag bezahlt. Das wird den Sieg der Streikenden garantieren.“

Arbeiter, übt Solidarität! In dem Kampf der Metallarbeiter! Stellt selbst eure Forderungen! Wehrt die Angriffe der Unternehmer ab! Nur, wenn ihr eure Kraft zeigt, werdet ihr sie auf die Knie zwingen und eure Lebenshaltung verbessern können!

### Erfolgreicher Streik

Die Holzarbeiter der Ostwestfälischen Möbelindustrie schlossen einen von ihnen durchgeführten Streik mit vollem Erfolg ab. Die Unternehmer, die sich geweigert hatten, die Teuerungszulage von 8—12 Pfennig weiter zu zahlen, wurden gezwungen, es weiter zu tun.

### Spaltung durch Atlantikpakt

Norwegen hat gegenüber dem amerikanischen Druck, dem Atlantikpakt beizutreten, kapituliert. Damit sind die Verhandlungen zwischen den drei skandinavischen Staaten über eine gemeinsame Verteidigung sinnlos geworden. Der schwedische Ministerpräsident Erlander kommentiert die Erklärungen Norwegens mit den Worten: „Die Spaltung zwischen den drei skandinavischen Staaten ist zur Tatsache geworden, zu einer Tatsache, die alle drei Staaten bedrückt.“

Mit dem Abschluß des Atlantikpaktes und seiner Unterzeichnung wird für Mitte März gerechnet. Die europäischen Teilnehmerstaaten werden trotz der Versicherungen und improvisierten Aushilfen Achenso nicht umhin können, zu begreifen, daß sie sich dem Recht freier Entscheidung für die Zukunft begeben, während die USA sich gerade dieses vorbehalten. Die Auseinandersetzung zwischen Außenminister und Kongreß war eine ermutigende Angelegenheit und zeigte deutlich, daß man andere zu binden beabsichtigt, wo man sich selbst freie Hand behält.

## Im Streiflicht gesehen

### Erneute Zusammenstöße in Durban

In Durban kam es erneut zu Zusammenstößen zwischen Eingeborenen und Indern. Wieder wurden Indern mißhandelt. Um das Aufkommen neuer Unruhen zu verhindern, wurde die Polizei in Durban sehr verstärkt. (Im Innern des Blattes berichten wir ausführlich über die Hintergründe der Unruhen in Durban.)

### Freier Verkauf

Der freie Verkauf von besonders zugeführten Luxuslebensmitteln in Hotels der Bizone gegen D-Mark, wird zur Zeit in deutsch-amerikanischen Besprechungen vorbereitet, meldet der „Tagesspiegel“.

### Nach bewährtem Vorbild

Die gesamte, aus 630 Männer, Frauen und Kindern bestehende Einwohnerschaft des malaysischen Dorfes Utumang in West-Nigeria wurde am Sonntagabend von britischen Truppen in ein Lager gebracht, wie amtlich bekanntgegeben wurde. Die Polizei bezeichnete das Gebiet als eine Brutstätte des Kommunismus. („Fr. Rundschau“)

### Auch in Stuttgart erfolgreiche Abwehr

Die Belegschaft der Eisengießerei W. Grupp GmbH, Stuttgart, die sich eine Woche lang im Ausstand befand, hat die Arbeit wieder aufgenommen. In Verhandlungen zwischen Gewerkschaft, Betriebsrat und Unternehmer wurde ein Uebereinkommen erzielt, das die ausgesprochene Kündigung von 38 Formern zurücknimmt. Die Einstellung des unerwünschten Belegschaftsmitgliedes, die den Konflikt heraufbeschwörte, wird mit einer Bewährungsfrist verknüpft. Es wurde zugesichert, daß die

### Grundsätze des Klassenkampfes der Unternehmer

Auf einer Tagung in Wiesbaden haben die Arbeitgeberverbände der Bizone Grundsätze für künftige Lohnverhandlungen beschlossen. In sieben Punkten haben sie das Programm aufgestellt, das nichts anderes bedeutet, als Ablehnung jeglicher Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen. Sie bekennen sich darin zu einer Erhöhung der Arbeitszeit, zu einer größeren Differenzierung der Orstklassenunterschiede, zu der Tendenz die Löhne zwischen Fach- und Hilfsarbeiter noch weiter aufzuspalten und vor allem einheitliche Manteltarife für Arbeiter und Angestellte zu verhindern.

Die Grundsätze der Arbeitgeberverbände sind Grundsätze des Klassenkampfes gegen die Arbeiterschaft. Es ist die Festlegung ihres Weges, wie sie die Existenz der Schaffenden noch mehr wie bisher einzuengen und zu gefährden imstande sind. Zur Begründung ihrer Grundsätze bedienen sich die Unternehmer des Arguments, daß ihre Verwirklichung der „Gesundung“ der Wirtschaft diene. Die Gesundung der Wirtschaft ist ihnen gleichgültig. Sie haben es abge-

sehen auf ihre eigene Gesundheit und Profitsteigerung für ihre Tasche. Dafür soll der Arbeiter bluten und den Hungerriemen noch enger schnallen, als er dies bisher schon tun mußte.

Die bayerischen Metallarbeiter zeigen, in welcher Sprache mit den Unternehmern zu reden ist. Die bayerischen Unternehmer sind aus dem gleichen Holz, wie die der gesamten Bizone, geschnitzt. Wir sind überzeugt, daß überall in Westdeutschland den Unternehmern nur die Sprache zukommen wird, wie sie die bayerischen Metallarbeiter sprechen.

Der italienische Allgemeine Gewerkschaftsbund hatte für Montag zum Generalstreik aufgerufen, um die seit über vier Wochen streikenden 150 000 Bergleute der Sulvat-Gruben Siziliens in ihren Forderungen zu unterstützen. In Rom ist es bereits am Freitagmittag zur Auslösung des Generalstreikes gekommen, als Protest gegen das Vorgehen der Polizei, das zu den Zwischenfällen von Isola del Lire führte.

In der 50 km südlich von Rom gelegenen Papierfabrik von Isola del Lire war es am Donnerstag wegen der Entlassung von 50 Arbeitern zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, wobei diese mit Tränengas gegen die Demonstranten vorging und

### Dr. Pünder und CDU sind Anwälte der Konzernherren

Eine unterbrochene Sitzung des Wirtschaftsrates — Eine Milliarde Nachtragsetat

Die 33. Vollversammlung des bizonalen Wirtschaftsrates stand im Zeichen heftiger Angriffe der kommunistischen Fraktion gegen die Politik der Zweizonenverwaltung. Die SPD hatte sich der Forderung der KPD angeschlossen und eine Anfrage an Oberdirektor Pünder gerichtet, die sich mit dem Stahlhandelsvertrag befaßt, in dem nach dem Vorschlag Pünders die führenden Konzernherren des Ruhrgebietes erneut die Kontrolle über die deutsche Schwerindustrie erlangen sollen. Pünder verweigerte mit Hinweis auf die Militärregierung die Aussage. Unter anderem soll Pünder mit Dr. Reusch verhandelt haben, gegen den sich bereits im vergangenen Jahr eine Massenaktion der

### Größte Oelkonzession

Die bisher größte Oelkonzession, die im Mittleren Osten vergeben wurde, soll von einer amerikanischen Oelgruppe im Gebiet von Kuwait erworben werden. („Tagesspiegel“)

Der aus Vertretern Frankreichs, Großbritanniens und der Benelux-Staaten bestehende Ausschuß zur Revision der deutschen Westgrenzen, tagt seit Mittwoch wieder in Paris. Außenminister Schuman erklärte zu der Frage der Grenzstadt Kehl, daß Frankreichs Vorschlag einer Annexion dieses Gebietes gleichkäm. („Rhein-Neckar-Zeitung“)

### Unternehmensverband in der Bizone

Nachdem bereits vor einigen Monaten in Wiesbaden ein „Zentralsekretariat der Arbeitgeber“ gebildet worden ist, soll jetzt in Frankfurt die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber des Vereinigten Wirtschaftsgebietes gegründet werden. Die Hauptaufgabe dieser Arbeitsgemeinschaft soll in der Wahrung solcher sozialpolitischen Interessen bestehen, die über den Bereich eines Landes und eines Wirtschaftszweiges hinausgehen und von grundsätzlicher Bedeutung sind. („Tagesspiegel“)

Darmit wird die zentrale Unternehmerorganisation der Bizone geschaffen, welche den Klassenkampf gegen die Arbeiterschaft führen soll.

Akkorde in diesem Zusammenhang nicht gekürzt werden. Die sich im Ausstand befindene Belegschaft hat während dieser Zeit aus anderen Betrieben Unterstützungen erhalten.

### Sie merken's nicht einmal

„Die Freiheit“ kann Unternehmer von Gewerkschaftsprogrammen nicht unterscheiden.

„Die Freiheit“, die sozialdemokratische Parteizeitung von Rheinland-Pfalz, bringt die Tollheit fertig, am 16. Februar Nr. 20 an hervorragender Stelle des Blattes als Kasten unter der Überschrift „Künftige Lohngestaltung“ die Punkte des Wiesbadener Unternehmerprogramms als Stellungnahme der Gewerkschaften zu veröffentlichen. In der Einleitung heißt es: „Und den

### Opel - ein Beispiel für Riesenprofit

Wer einer Veröffentlichung des Landesvorstandes der KPD Hessen, daß die dem General-Motors-Konzern angeschlossenen Opel-Werke in Rüsselsheim in den ersten drei Monaten nach der Währungsreform an jedem Arbeiter und Angestellten 1000.— DM verdienten, keinen Glauben schenken wollte, dürfte nun durch eine Veröffentlichung in der wirtschaftlichen Beilage der „New York Herald Tribune“ vom 8. Februar aufgeklärt werden. Darin wird festgestellt, daß

### Streikwelle geht über ganz Italien

In allen Städten große Protestkundgebungen — Zusammenstöße mit der Polizei

31 Arbeiter verletzte. Während eine Gewerkschaftsdelegation mit den Ministerpräsidenten verhandelte, fand vor dem Kolosseum in Rom eine große Kundgebung statt.

Wie UP meldet, lag in Rom, Mailand, Genua, Neapel und anderen großen Städten Italiens am Montag der Verkehr völlig still. In dem Bericht heißt es: „Obwohl die nichtkommunistischen Transportarbeiter aufgedrängt wurden, sich dem Streikbeschluß des kommunistischen geleiteten Allgemeinen Gewerkschaftsbundes nicht zu fügen, haben sie es nicht gewagt, sich als Streikbrecher zu betätigen.“

Streikankündigung in Vietnam  
Der Verband der französischen Regie-

### Morddrohung gegen Max Reimann

Frankfurt. Unmittelbar nach seiner Freilassung durch die britische Militärregierung erhielt Max Reimann ein aus Braunschweig datiertes Schreiben, indem es u. a. hieß: „Wir haben dieser KP heute mitzuteilen ... werden wir Max Reimann, den deutschen ... Banditenführer liquidieren. Das Weitere werden Sie zu gegebener Zeit merken.“

Hierzu erklärt der Parteivorstand der KPD: Es handelt sich bei diesem Dokument um eine provokatorische Morddrohung, die die gesamte Bevölkerung zur größten Wach-

### Die 33. Vollversammlung des bizonalen Wirtschaftsrates

der Verwaltung der Bizone erweckt den Eindruck, als ob sich die Verantwortlichen überhaupt keine Überlegungen hinsichtlich der Aufbringung der hierfür erforderlichen Geldmittel machen.“ Das Gehalt des Oberdirektors wurde auf 30 000 DM festgesetzt. Dazu erhöht er für außergewöhnlichen Aufwand 40 000 DM, zuzüglich einer Dienstwagenschädigung. Das Gehalt der Direktoren beträgt 26 500 DM (gleich dem der früheren Staatssekretäre des Reiches). Vertreter der Direktoren erhalten ein Gehalt von 22 500 DM und Ministerialdirektoren 19 000 DM.

Das sei nicht unserer Verarmung angepaßt? Aber dafür arbeiten die Herrschaften auch. Vergeblich warten zwar die Flüchtlinge und Bombengeschädigten auf den Beginn des Lastenausgleiches. Aber in Frankfurt funktioniert der Lastenausgleich. Fragt sich nur, für wen. In der Verwaltung für Finanzen werden für die Arbeitsgruppe Lastenausgleich 70 800 DM für Personalkosten und 50 000 DM für Gutachterstätigkeit angefordert. Das Sekretariat des Fünfzwecksausschusses für den Lastenausgleich beschäftigt sieben Kräfte und kostet 112 500 DM. Beim Hauptausgleichsamt für Lastenausgleich werden für 50 Kräfte 425 000 DM ausgeworfen. Wir anderen warten, warten — — —

### Morddrohung gegen Max Reimann

Samkeit mahnt. Die Urheber dieser Mordhetze sind die alten Mächte des Schwerekapitals und des Großgrundbesitzes. Bereits nach dem ersten Weltkrieg organisierten sie faschistische Fememordverbände und Freikorps zur Niederschlagung der Arbeiter und zum Mord an fortschrittlichen Politikern. Heute sind wir wieder so weit, daß auf den großen Gütern der Junker Fememordverbände gebildet werden, die angesichts der in den Westzonen gebübten Nachsicht gegenüber Kriegsverbrechern, zu offenen Morddrohungen übergehen. 1918

## Verteidigungsfonds Max Reimann

Noch immer gehen aus Versammlungen und Betrieben Protestentscheidungen zur Verurteilung Max Reimanns ein. Die Liste der eingehenden Geldbeträge für den Verteidigungsfonds zeigt, wie stark die Bewegung, die sich jetzt die endgültige Aufhebung des Urteils zum Ziel gesetzt hat, ist. Sie kann stolz darauf sein, daß ein erster Erfolg erreicht worden ist und Max Reimann vorübergehend aus dem Gefängnis entlassen wurde.

Mehr muß erreicht werden. Ein britischer Journalist stellte an General Robertson auf einer Pressekonferenz die Frage, ob durch den Strafaufschub für Max Reimann eine Beeinflussung des Berufungsgerichts erfolgt sei. Der General antwortete: „Ich habe diese Strafe auf ein Ersuchen des Parlamentarischen Rates ausgesetzt. Sollte diese Strafe aufgehoben oder gemildert werden, so müßte ich mich erneut damit befassen.“

Nun denn, die Bevölkerung wird sich weiterhin mit dem Urteil befassen, bis auf demokratischem Wege durch ihr Votum die Aufhebung des Urteils erreicht ist. Unterstützt unseren Kampf, sende jeder nach besten Kräften für den Verteidigungsfonds Max Reimann!

## 944 000 Arbeitslose

Im Sommer vergangenen Jahres hat das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel eine Untersuchung angestellt, wie hoch die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze und der Arbeitskräfte bis zum Jahre 1955 sein würde, und kam zu dem Resultat, daß 13—13,5 Millionen Arbeitsplätzen ein Arbeitsangebot von 18—20 Millionen gegenüberstehe. Es schloß bis zum Jahre 1955 in der Bizone auf eine Arbeitslosigkeit von 5,4—7 Millionen. Diese Darstellung hatte damals verschiedentlich zu der Auffassung geführt, daß die Arbeitslosigkeit sofort nach der Währungsreform in einem Massenumfang sichtbar sein würde. Die Art der Währungsreform hat verhindert, daß sofort nach ihrer Durchführung die Arbeitslosigkeit in dem gekennzeichneten Umfang auftrat. Die Unausgeglichenheit der Wirtschaftsentwicklung in den einzelnen Ländern der Bizone hat zu einer Unausgeglichenheit in der Zunahme der Erwerbslosigkeit geführt, in der Schleswig-Holstein relativ die meisten und Nordrhein-Westfalen die wenigsten Zugänge hatte. Die jetzt gemeldete Erwerbslosenziffer von 944 000 demtet aber an, daß die vom Institut für Weltwirtschaft gekennzeichnete Entwicklung sich immer mehr anbahnt. Damals hatten die Arbeitsminister der Bizone auf einer Tagung die Gültigkeit der Angaben des Instituts bestritten, und Arbeitsminister Halffell vom Lande Nordrhein-Westfalen nannte sie eine Milchmädchenrechnung. Der optische Optimismus ist durch die neue Entwicklung widerlegt. Auch heute versucht die Verwaltung für Arbeit die Gefahr der Massenarbeitslosigkeit abzustreifen. Dabei muß festgestellt werden, daß die Erwerbslosigkeit keine Saisonerscheinung, sondern konjunkturell bedingt ist.

Die Entlassung von über einem Drittel der Bauarbeiter ist nicht in erster Linie durch die frostige Witterung, sondern durch ein Auslaufen der massenhaften Kleinreparaturen und die Einstellung von Großbauten der Industrie bedingt. Die Entlassungen in der Zulieferindustrie für die Reichsbahn haben die schwierige Finanzlage zur Ursache. Die Entlassungen in der Möbelindustrie, im Handel und bei den Behörden deuten auf eine Verringerung des Personalbestandes hin. Die um 30 Prozent gestiegenen Leistungen der Arbeiter vermögen die verfügbaren Rohstoffe mit einer geringen Arbeiterzahl zu bewältigen. Für einen Optimismus in der weiteren Entwicklung der Arbeitsmarktlage besteht kein Anlaß.

## „Föderalist“ Schacht

Schacht hat von einer deutschen Spruchkammer nichts mehr zu befürchten. Daß er in Ludwigsburg, um der Empörung in der Öffentlichkeit ein Ventil zu öffnen, wieder einmal zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt wurde, ließ ihn kalt. Denn in Niedersachsen fühlt er sich sicher. „Da ein deutscher Einheitsstaat nicht besteht“, erklärt er frech, wird es sich wohl vermeiden lassen, die acht Jahre Arbeitslager abzubüßen. Der Spruch der Ludwigsburger Kammer sei etwa das gleiche, wie wenn ein Einwohner der Vereinigten Staaten von einem mexikanischen Gericht verurteilt würde.“

Die Zeit liegt noch nicht weit zurück, in der Herr Dr. Schacht sich darum bemühte, zum Wohle der Kriegführung des nazistischen Einheitsstaates die letzten Steuergrößen aus dem letzten Dorf herauszupressen. Damals, als ganz Deutschland ein großes Militärzuchthaus darstellte, war er Zentralist. Heute ist er unter die Föderalisten gegangen. Denn Föderalismus bedeutet — das weiß er sehr gut — Schutz vor dem Einheitswillen aller deutschen Werktätigen im Kampf gegen die Wiederaufrichtung des reaktionären westdeutschen Staates.

Besser als Herr Dr. Schacht dies getan hat, hätte niemand den „Föderalismus“ der Bonner Verfassungsmacher entlarven können. Ihrem „föderalistischen“ Schutz für Kriegsverbrecher gilt es, die geballte Kraft des deutschen Volkes entgegenzustellen.

folgenden solchen Drohungen die Morde an Liebknecht und Luxemburg und später an fortschrittlichen Männern des Bürgertums, wie Rathenau und Erzberger. Die Morddrohung gegen Max Reimann ist eine ernste Mahnung an alle anständigen Menschen unseres Volkes, an alle Anhänger des Friedens, ungeachtet ihrer Weltanschauung und Parteizugehörigkeit, sich zusammenzuschließen zur Abwehr dieser faschistischen Mordhetze.

### Die Nachahmer de Gaulles

Eine politische Organisation, die wie die „Deutsche Union“ antikommunistisch und „westeuropäisch“ ist, und trotzdem von den westlichen Besatzungsmächten noch nicht lizenziert wurde, gehört zweifellos zu den Raritäten der westdeutschen Politik. Diese „Union“ wendet sich besonders an die Frontgeneration des letzten Kriegs, die von der „doktrinären“ Politik der bestehenden Parteien enttäuscht, nun aufgefördert wird, sich der „undoktrinären“ Politik einer Sammelbewegung nach nicht unbekanntem Muster zuzuwenden.

Daß es den bestehenden politischen Parteien nicht gelungen ist, diese für die zukünftige Entwicklung entscheidende Generation für ihre politischen Ziele zu begeistern, ist eine Binsenwahrheit und liegt ganz einfach daran, daß die regierenden Parteien nichts getan haben, was Begeisterung erwecken könnte.

Wird die „Deutsche Union“ jene Kraft sein, die diesem Mangel abhilft? CDU-CSU, SPD und FDP haben einige ihrer mehr oder weniger kompromittierten Pferde aus dem Stall gelassen, die jetzt an der Spitze dieser Armee der bisher Unpolitischen paradiere sollen. Otto Hessen, Vorstandsmitglied des Landesverbandes der SPD-Berlin, August Haussleiter, zweiter Vorsitzender der CSU und Vetter des Grafen von Stauffenberg, Baron Hans Christoph von Stauffenberg, bilden das Triumvirat der Union. Für die nötige Reklame in Presse und Rundfunk sorgte die Hälfte der Gründungsmitglieder, denen es als ausübende Journalisten nicht an Gelegenheiten mangelte.

Da es der neuen Organisation „nicht um Programme oder Doktrinen geht“, gab sie sich zunächst ein Programm. Dieses Programm hat in seiner kurzen Geschichte bereits eine Metamorphose durchlaufen, die in Punkte der Nazipartei weit in den Schatten stellt. Hat Hitler immerhin elf Jahre benötigt, um die Verstaatlichung der Konzerne und Trusts in den Schornstein zu schreiben, so schaffte dies Herr Haussleiter in drei Monaten.

Sage mir, wie Du zu Krupp stehst, und ich sage Dir, wer Du bist. Diese alte sozialistische Wahrheit findet keine bessere Bestätigung als in dieser „neuen Sammelbewegung“. Daß sie sich so demokratisch gebärde wie Schumacher sozialistisch, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die undoktrinären und unprogramatischen deutschen Unionsbrüder in Antikommunismus in Westdeutschland dasselbe versuchen, was General de Gaulle in Frankreich praktiziert. Das sei vor allem jenen politisch Naïven ins Stammbuch geschrieben, die glauben, die Mitwirkung von Sozialdemokraten bewahre sie vor solchem Uebel. „Sozialdemokraten“, die im Antikommunismus erblinden sind, waren noch nie ein Schutz gegen faschistische Tendenzen. Antikommunistische Sozialdemokraten, die Man zum Beispiel, wurden zu Ideologen des Faschismus, und nicht wenigen Antikommunisten aus der französischen Sozialistischen Partei sind rechtzeitig auf den Wagen de Gaulles geklettert.

Das Handicap für diese deutschen Gaulisten ist es, keinen de Gaulle zu haben. Deshalb benutzen sie die alten Parteien als Basis für ihre Pläne. Wenn sich das passende Paradeferd gefunden haben wird (wie wäre es mit Halder, Schacht oder Papen?) wird sich diese Basis ohne Zweifel verschieben, d. h. falls die „Bewegung“ inzwischen auch Gnade in den Augen der Militärregierungen gefunden hat.

Die neue „Bewegung“ hat auch ihren Mythos. Rosenbergs Mythos des 20. Jahrhunderts ist durch den Mythos des 20. Jhdts ersetzt worden. Nicht umsonst steht ein Träger des Namens von Stauffenberg mit an der Spitze. Kein Mensch kann daran zweifeln, daß der Geist der Männer des 20. Juli antinazistisch war (weil die Nazis längst verspielt hatten). Aber noch weniger wird irgendjemand auf den Gedanken kommen, den antikommunistischen Geist dieser Männer

zu vergessen, die nach ihren eigenen Aussagen nicht den Krieg und die Leiden des deutschen Volkes beendigen wollten, sondern sie nur von den beiden Fronten ganz an die Ostfront verlegen wollten. Ihre Ziele sind die gleichen geblieben, und wenn es nach ihnen ginge, würde der „Ritt gen Osten“ morgen wieder beginnen.

Im Westen also wieder nichts Neues. Das deutsche Großkapital und die Junker sind beunruhigt über die skeptische politische Haltung breiter Schichten des Volkes und insbesondere der jüngeren Generation. Was legt näher, als nach altbewährtem Muster und an neuen Vorbildern geschult, eine „Bewegung“ zu gründen, die nicht zufällig Worte wie „Front“ und „Krieg“ zu ihrem unprogramatischen Programm erhebt? Was die „alten“ Parteien der Reaktion nicht vermochten, das soll nun eine junge „Überpartei“ oder „Antipartei“ oder schlicht-gaullistisch „Sammelbewegung“ versuchen: die junge Generation für die alten Ziele der Reaktion mobilisieren. Es ist dies eine Wort des Neofaschismus, von der sich unter den gegenwärtigen Bedingungen die Drahtzieher offenbar mehr versprechen als von den zu offen mit nazistischer Vergangenheit belasteten Gruppen von der Art der Strasser-Leute. Daß diese überparteiliche Bewegung Kommunisten in ihren Reihen nicht dulden kann, wissen wir zu schätzen. Die KPD ist in der Tat die einzige Kraft, die dem Neofaschismus unter golden westlicher Flagge entgegensteht. Sie weiß den Charakter der „Deutschen Union“ als einer gaullistischen Sammelbewegung mit reaktionären Zielen hinter demagogischen Lösungen richtig einzuschätzen. Wiederm ist die junge Generation ausserordenlichen Rattenfängern als Instrument einer gegen die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands und gegen die sozialen Interessen des arbeitenden Volkes gerichteten Politik zu dienen. Es wird unsere Aufgabe sein, sie zu der Überzeugung zu führen, daß dieser Weg der neofaschistischen Reaktion mit dem Kriege und einer neuen Katastrophe für Deutschland enden muß, und daß es nur ein Ziel gibt, das wert ist, von der Jugend erhofft und erkämpft zu werden: ein einiges, friedliches, fortschrittliches Deutschland — ohne Kriegstreiber und Reaktionäre.

### Delegiertenkonferenz der KPD

Kreis Mannheim  
am Samstag, 26. Februar, 14.30 Uhr, im Kantineuraum der Motorenwerke, Mannheim.  
Referent: Gen. R. Leibbrand, Landesvorstand, Stuttgart.

#### Der Kreisvorstand

### Das Spiel: Allgemeine Postenverwechslung

Sozialisierung so und so ausgeschlossen

Bekanntlich haben die Militärregierungen durch einen Berliner Sprecher wissen lassen, daß sie mit dem Ergebnis der dritten Lesung des Bonner Verfassungsentwurfs im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates weitgehend unzufrieden sind. Bundesregierung und Bundestag haben nach ihrer Meinung zu weit gehende Rechte, die Selbständigkeit der Länder müsse weit mehr betont werden.

Es muß überraschen, daß neben den Finanzfragen auch die Aufnahme des Wirtschaftsrechtes und insbesondere des Rechtes der Ueberführung von Bodenschätzen und Industrien in Gemeingehögen in die Vorranggesetzgebung des Bundes von OMGUS beanstandet wird. Seither hieß es immer,

### Wir werden den kalten Krieg verlieren

Befürchtungen eines USA-Senators

Die USA steuerten einer uferlosen Inflation, der Wiedereinführung der im zweiten Weltkrieg angewandten Wirtschaftskontrollen und der Verwandlung in einen Garnisonstaat entgegen, in dem die Freiheit und der Besitz der Bevölkerung den Anforderungen der Streitkräfte aufgeopfert werden müßten, wenn immer größere Summen für die Aufrüstung verlangt würden, erklärte der republikanische Senator Flanders vor dem Parlament des Staates Vermont.

Der Senator äußerte weiter: „Wenn wir auch von dem Erfolg der Luftbrücke nach Berlin oder unserer Fähigkeit, Rußland in

Wie es in Westdeutschland immer häufiger geschieht, haben die Militärregierungen ein Gesetz befohlen, obwohl ursprünglich der Wirtschaftsrat mit dem Erlaß eines solchen Gesetzes beauftragt war. Diesmal handelt es sich um das Beamtengesetz. Die Grundzüge des Gesetzes waren dem Präsidenten des Wirtschaftsrates am 2. Dezember 1948 in einem Brief bekanntgegeben worden. Die damals geäußerten Wünsche lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Außer Aufhebung des Unterschiedes von öffentlichen Angestellten und Beamten keine wesentliche Änderung der Bedingungen des Anstellungsverhältnisses, vor allem im höheren Dienst.
2. Einschränkung der politischen Tätigkeit und Rechte der Beamten.

Mit der Aufhebung des Unterschiedes von öffentlichen Angestellten und Beamten wird zweifellos eine fortschrittliche Forderung versucht. Daß aber der Beamte in der Bize künftighin mit Kriegsverbrechern, Geisteskranken und Kriminellen staatsrechtlich auf eine Stufe gestellt wird, nicht in ein Parlament gewählt werden und sich nur beschränkt parteipolitisch betätigen darf, das hat mit einer demokratischen Reform nicht das mindeste zu tun. Das gleiche gilt für die Beschränkung des Mitbestimmungs- und Streikrechts.

Wir sind überzeugt davon, daß es in Westdeutschland nicht an alten Ministerialbeamten fehlt, die unter jedem Gesetz und jedem Herrn zu dienen bereit sind, und daß der Wirtschaftsrat kein fortschrittlicheres Gesetz erlassen hätte. Und wir könnten allenfalls verstehen, wenn die Gesetzgeber diese Art von Beamtengesetz auf den Kreis der vorgestellten, gestrigen und heutigen Ministerialdirektoren beschränkt hätten. Daß aber die Beamten und Angestellten der Bahn und Post z. B.

Durch die vorgeschlagene Luxussteuer werden die Auswüchse der freien Wirtschaftspolitik klar herausgestellt und die Tatsache eines unerhörten Luxusaufwandes zugegeben, erklärte der Sprecher der KPD-Fraktion, Fritz Rische, in der 32. Vollversammlung des Wirtschaftsrates in Frankfurt. Er befürchte, daß eines Tages auch auf „Zahnpasta und Schuhwische“ eine Steuer erhoben werde.

Nur wenn der Erlös einer derartigen Steuer dem Sozialetat und dem sozialen Wohnungsbau zugeführt werde, und dann auch erst nach Vorlage des Katalogs der zu steuernden Waren, könne die KPD erdgültig Stellung zu dem Gesetzentwurf nehmen.

Der Entwurf des Luxussteuergesetzes, das

den Ländern dürften nicht sozialisieren, das sei Sache der kommenden Bundesregierung. Jetzt soll es auf einmal den einzelnen Ländern überlassen bleiben.

Es hat sich wohl niemand Illusionen hingegoben, der Weststaat werde etwa Sozialisierungsmaßnahmen durchführen, dafür sind genügend Fallstricke u. a. schon im Ruhrstatut gezogen. Jedenfalls aber scheint die Frage der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien bei allen Verfassungen, seien es der Länder oder selbst dieser Frankfurter Zwangsverfassung der „Schreck vor dem Nichts“ darzustellen, was im Grunde nur immer wieder beweist, wie reaktionär und großkapitalistisch die ganze Weststaatgründung werden soll.

## Das befohlene Beamtengesetz

Wie sollte ein wirklich demokratisches Beamtenrecht aussehen?

es mit dem Verlust ihrer Bürgerrechte büßen müßten, daß sie bei diesen Einrichtungen arbeiten, ist zweifellos einmalig in der Beamtengesetzgebung in einem demokratischen Lande. Ein neues deutsches Beamtenrecht, das den Erfordernissen einer wirklichen Demokratisierung des öffentlichen Lebens gerecht wird, kann nicht durch die Bildung einer vom Volk getrennten Schicht erreicht werden, sondern nur durch dem Volke verantwortliche Demokraten in den Verwaltungen. Voraussetzung dafür ist:

1. Reinigung der Verwaltungen, Justiz und Polizei von allen Reaktionären, den Bevorchteilten des dritten Reiches.
2. Besetzung aller leitenden Positionen in der Verwaltung, Justiz und Polizei mit fortschrittlich-demokratischen Menschen.
3. Breite Aufsteigsmöglichkeiten für die untersten Schichten des Volkes in die höchsten Beamtenpositionen des demokratischen Staates.

Daß dies ohne die Beseitigung der Grundlagen des Faschismus, ohne die Entmachtung der Junker und Konzernherren nicht möglich ist, bedarf keiner Diskussion.

Welche Rechte kann aber ein Beamter in einem Lande beanspruchen, in dem diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, in dem man die demokratischen Rechte aller Arbeitenden auf politische und gewerkschaftliche Betätigung beschränkt?

Gleiches Recht für alle, also auch für die Beamten. Dieser Grundsatz muß auch in einem einheitlichen Arbeitsrecht verwirklicht werden, in dem festgelegt wird:

1. Alle öffentlich-rechtlichen Bediensteten, alle, die ein Amt haben oder sonst öffentlich-rechtliche Funktionen ausüben, sind Beamte.

2. Das Dienstverhältnis aller dieser Arbeitnehmer des Staates ist ein Arbeitsvertragsverhältnis und muß deshalb nach gültigem Arbeitsrecht geregelt werden, d. h. durch Kollektivverträge zwischen den Gewerkschaften und den öffentlichen Arbeitgebern, durch Betriebsvereinbarungen und durch Einzelarbeitsverträge im Rahmen dieser Kollektivvereinbarungen.

Deshalb muß für alle Beamten grundsätzlich das geltende Arbeitsrecht volle Anwendung finden, insbesondere a) das Betriebsrätegesetz bei Durchführung des Mitbestimmungsrechtes in allen Verwaltungen und Staatsbetrieben. b) Das Arbeitsgerichtsgesetz, gegebenenfalls unter Bildung von besonderen Kammern. So müßte ein demokratisches Beamtenrecht aussehen.

Das Beamtengesetz der Militärregierungen trägt kaum fortschrittliche Züge. Es degradiert den Beamten zu einem Staatsbürger zweiter Klasse ohne die Rechte, die andere Bürger genießen. Aber es schafft auch nicht die Voraussetzungen für eine wirkliche Demokratisierung des öffentlichen Lebens, die in der Reinigung der führenden Verwaltungsstellen von reaktionären Elementen besteht.

Im Rahmen des westdeutschen Separatstaates, der unter dem Besatzungsstatut regiert wird, und dessen wirtschaftliche Basis das Ruhrstatut ist, kann man allerdings keinen demokratischen Beamten gebrauchen. Ein solcher Staat benötigt vom Volke unabhängige, allein diesem Staat und damit dem Besatzungsstatut verpflichtete Beauftragte. Erst in einem einzigen, fortschrittlichen Deutschland, dessen Unabhängigkeit und Souveränität durch einen Friedensvertrag gewährleistet ist, wird es ein mit dem Volke verbundenes und allein dem Volke verantwortliches Beamtenrecht geben.

## Nur für den sozialen Wohnungsbau

Abgeordneter Rische nimmt im Wirtschaftsrat Stellung zur Luxussteuer

den offiziellen Titel „Gesetz zur Besteuerung besonderer Aufwandes“ trägt, war der Mittelpunkt der Debatten am letzten Dienstag. Der Direktor der Verwaltung für Finanzen, Dr. Hartmann, begründete den Entwurf damit, daß auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens nicht die gleichen Fortschritte zu beobachten seien, die den Wirtschaftsprozess kennzeichnen. In vielen Fällen gingen die Zahlungseingänge nicht den normalen Weg zu den Banken und den Kassen. Es seien durch solche Gelder Produktionen entstanden, in denen die so knappen Rohstoffe nicht für den lebenswichtigen Konsum verbraucht worden seien. Als Dr. Hartmann den Wunsch aussprach, diese Steuervorlage noch in der laufenden Woche zu verabschieden, erfolgte aus dem Plenum der Zwischenruf: „Aschermittwoch!“

### Auf dem Rücken der Arbeiter

Grundsätzlich ist zu der (Lohn-)Forderung der Gewerkschaften zu sagen, daß der bisherige Aufstieg unserer Wirtschaft in Westdeutschland auf dem Rücken der Ar-

beiter oder vielmehr aller Bevölkerungskreise mit festen Einkünften vor sich gegangen ist. Im Hinblick auf die starken Zerstörungen innerhalb unserer Wirtschaft und der Unmöglichkeit, durch die Ausschöpfung betriebstechnischer vollkommener Einrichtungen und beste Ausnutzung der Kapazitäten ist der Lohn der einzige Faktor gewesen, und ist es auch heute noch, der der Wirtschaft zum Erfolge verholfen hat. (Wirtschaftsrevue)

### Ersatz für „Heil Hitler“

Der Münchner Tierpark erhielt mit einer Luftpostsendung aus den USA einen grünen Amazonas-Papagei, der in englischer Sprache lediglich sagen kann: „Kauft nur amerikanische Waren“ und „Ich liebe meine Frau, aber — hm — dich auch mein Kindchen“. Der Papagei hatte einen Zettel um den Hals mit dem Vermerk, man hoffe damit einen „demokratisch geschulten“ Ersatz für die kürzlich gestohlene Laura zu stellen. Laura war mit ihren „Heil Hitler“-Grüßen in den Kuriositäten-Rubriken vieler ausländischer Zeitungen glossiert worden. („Heilbr. Stimme“)

## Pressestimmen

### Atlantikpakt-Bauchschmerzen

Die Verhandlungen über den Atlantikpakt in Washington, die bekanntlich vom Staatsdepartement nach zwei Richtungen hin geführt werden müssen, nämlich einerseits mit den Botschaftern der in Frage kommenden Mitgliedsstaaten und andererseits mit den führenden Mitgliedern der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, stocken vorläufig, weil Senator Connally, der Vorsitzende der außenpolitischen Senatskommission, gegen die bisher vorgeschlagenen Formulierungen der Bündnisbestimmungen Bedenken geltend machte, und damit man das auch erfahre, sorgte er für entsprechende Pressenachrichten, die man im Staatsdepartement, wenn nicht alles täuscht, nicht gerade gerne sah. Im Augenblick, da der norwegische Außenminister Lange sich in zahlreichen Konferenzen über die Tragweite des Atlantikpaktes und den Umfang des Engagements der Vereinigten Staaten im Rahmen dieses Paktes zu orientieren sucht, kann die Publizität, die dieser Schwierigkeit gegeben wurde, amerikanischen Unterhändlern kaum sehr willkommen sein.

Welcher Natur sind die Schwierigkeiten, welche die gegenwärtige rückläufige Tendenz auslösten? Die Bündnisbestimmungen enthalten, wie man hört, ursprünglich die Klausel, daß ein Angriff gegen alle angesehen werden solle, und daß alle im Falle eines Angriffs verpflichtet seien, soviel „militärische“ und andere Maßnahmen gegen den Angreifer zu treffen. Da jedoch gemäß der amerikanischen Verfas-

sung das Recht zur Ergreifung „militärischer“ Maßnahmen, d. h. zur Kriegserklärung, dem Kongreß zusteht, hielt es das Staatsdepartement für notwendig, diese Formulierung zu ändern. In der zweiten Fassung hieß es dann statt „militärische“ und „andere Maßnahmen“ — „militärische oder andere Maßnahmen“. Diese Formulierung galt, wie verlautet, Senator Connallys Einspruch, der vorschlug, daß man einfach von „Maßnahmen“ spreche, daß man also jeden Hinweis auf „militärische Maßnahmen“ oder militärische Hilfe weglasse. (Neue Zürcher Zeitung)

### Weststaat mit Spitze gegen Osten

Es gibt indessen noch eine andere Möglichkeit, die die Orientierung Berlins nach dem Westen erlauben würde: Das wäre die, daß der Weststaat, mit einer Spitze gegen den Osten geschaffen, nicht zögern würde, sich zu vergrößern und die ganze Ostzone zu absorbieren. Gibt es aber eine Chance dafür, daß die Sowjetunion freiwillig eine solche Entwicklung Deutschlands hinnehmen würde? Hätten die Westmächte ein Mittel in der Hand, wenn sie sich dem widersetzen würde?

Man kann keine politische Organisation auf eine so unsichere Spekulation aufbauen. Deshalb soll Mr. Bevin nach Meldungen aus London dem von Herrn Reuter vorgelegten Plan seine Unterstützung nicht versprochen haben. Die französische Regierung sollte dieselbe Haltung einnehmen. Das Mindeste, was man über einen solchen Plan sagen kann, ist, daß er verfrüht erscheint. (Le Monde)

## Wahrheit über die Massaker in Süd-Afrika

Der Pariser Abendzeitung „Ce Soir“ entnehmen wir die folgende Reportage: Die Massaker, die in der Stadt Durban in der Provinz Natal ein Blutbad angerichtet haben, sind die Folge der heftigen Rassegegensätze in Südafrika zwischen den sehr verschiedenen Bevölkerungen, die nicht nur durch die Sprache und die Farbe, sondern auch die soziale Stellung getrennt sind.

Da ist zunächst die herrschende Rasse, die „weißen“ Afrikaner, die von den holländischen Buren und den Südafrikanern englischer Herkunft abstammen. Sie sind die Herren des Landes. Sie haben die Industrien, die Banken, die Bergwerke, den Großhandel, die politischen Stellungen in der Hand. Ihre Zahl beträgt etwa 2 335 000.

Zur Zeit will der Regierungschef, Dr. Malan, der Führer der antienglischen, antischwärzen, antisemitischen, reaktionären nationalistischen Partei die acht bis neun Millionen Farbigen in die Sklaverei zurückbringen, um billige Arbeiter zu bekommen.

Denn die Farbigen sind die Mehrheit in Südafrika. Die Schwarzen (Bantus, Kaffern, Zulus), die in sklavenähnlichen Verhältnissen leben, sind Analphabeten, haben keine politischen, gewerkschaftlichen oder auch nur bürgerlichen Rechte und werden schwer ausgebeutet.

Die Mestizen (800 000 bis 900 000), die ebenfalls ausgebeutet werden, sind Gefangene der Farbschranken. Einer Minderheit von ihnen ist es gelungen, Kaufleute oder Handwerker zu werden.

Endlich sind die Inder (800 000), die entweder Arbeiter oder Kaufleute und Geschäftleute und ebenfalls der wesentlichen Rechte beraubt sind.

Die Weißen legen es, um diese farbigen Rassen besser beherrschen zu können, darauf an, die einen gegen die anderen aufzuhetzen, da sie unter sich durch den Fanatismus, die Religion, politische Vorurteile oder gesellschaftliche Mindestrechte getrennt sind. Das ist jetzt in Durban geschehen. Aus bisher noch unbekanntem Gründen (der Anfangszweifelhaft ist nur ein Vorwand) haben sich die Zulus auf das Stadtviertel der Indischen Kaufleute gestürzt, haben es ausgeplündert und in Brand gesteckt. Vor kurzem ist unsere Mitarbeiterin Andrée Violis durch Durban gekommen.

Die Eindrücke, die sie auf dieser Reise empfing, bilden den Rahmen, in dem sich die blutigen Ereignisse von Durban abgepielt haben und stellen diese in ein neues Licht.

Durban: ein Meer mit mächtigen, langhinterrollenden Wogen, die grün und schäumend an den ungeheuren Strand schlagen; majestätische Alleen von Palmen und Eichen; mit prächtigen Gebäuden, mit Hunderten von Luxushotels, Terrassen und Kapellen, breite Straßen mit weißen Säulengängen, eleganten Läden, Bank- und Industriegebäuden, imposanten Denkmälern, prachtvollen Autos und Autobussen.

Das alles ist Durban, die drittgrößte Stadt der Union, die Hauptstadt der Provinz Natal, die Stadt, die 1890 von englischen Kolonisatoren gegründet wurde, und die noch immer einen sehr englischen Eindruck macht in Bezug auf den Komfort und ... den Geist.

Man hat ihren Verkäufern von ausländischen Konditorwaren, ihren Bazaren mit falschen, schimmernden Perlen.

Keine Rechte für die Inder  
Und das ist das Tragische: diese Stadt, die aus zwei fremden, wenn nicht feindlichen Teilen besteht, in der 114 000 Inder Rechte von 118 000 Europäern fordern, die diese ihnen verweigern, weil sie die weiße Vorherrschaft beibehalten wollen.

Schon lange bestand zwischen Indern und Europäern ein stummer Krieg mit manderlei Episoden, als im Juni 1946 das südafrikanische Parlament das Gesetz über den Landbesitz von Asiaten und über die indische Vertretung erließ. Dieses Gesetz verbot den Indern, Grundstücke zu erwerben und Häuser in gewissen Stadtvierteln zu bauen, die den Europäern vorbehalten waren. Außerdem wurde ihnen die direkte Vertretung in den beiden Parlamenten und sogar im Stadtrat gewisser Provinzen verweigert.

Das furchtbare Elend auf den Pflanzungen  
Durban ist nicht nur die Stadt der indischen Intellektuellen und der Kaufleute in den umliegenden Läden. Man findet dort außerdem ein Proletariat von 70 000 indischen Arbeitern mit einer Minderheit von Afrikanern, von denen 60 000 auf den Zuckerröhrenpflanzungen arbeiten.

Diese Pflanzungen bedecken mit ihrem Grün die Ebenen an der Küste des Meeres und die Berge in einem Umkreis von Hunderten von Kilometern um Durban. Aus diesen grünen Wellen ragen der Kopf und die gebeugten Schultern der Männer, Frauen und Kinder hervor — denn man sieht dort 12jährige Kin-

der — die, mit ein paar Leinenfetzen bekleidet, von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang in der brennenden Sonne oder unter den schweren Regengüssen dieser tropischen Region arbeiten. Kaum halten sie einige Augenblicke inne, um ihre magere Kost an Ort und Stelle hinunterzuschlingen.

Für welchen Lohn? Die Männer bekommen 1200 Francs monatlich, die Kinder 525 Francs, die Frauen 798 Francs. Die Frauen die oft schwanger sind, arbeiten bis zum letzten Tage, da sie etwas Geld für die Entbindung zurücklegen müssen. Die Arbeiter wohnen in Jahnnsburgen in Zelten und Baracken aus Weiblich, die elender sind als Ställe, ohne Wasser, das man von weither holen muß und das oft infiziert ist, ohne Licht, ohne Abguß, ohne irgendwelche hygienischen Einrichtungen. Die Wirkungen dieses beklagenswerten Systems haben ich während meines Aufenthalts in Durban gesehen, wo ein nationaler Tuberkulose-Kongreß stattfand.

300 Nichteuropäer sterben täglich in dieser Stadt und ihrer Umgebung an Tuberkulose. Eine Industrie von überraschender Blüte, elend bezahlte Arbeiter, die schlechter als Tiere ernährt werden und wohnen, die allen möglichen Krankheiten ausgeliefert sind, ohne irgendeinen gesetzlichen oder gewerkschaftlichen Schutz, das war noch vor wenigen Monaten die Bilanz der Zuckerpflanzungen.

1942 hatten 200 afrikanische Arbeiter auf diesen Pflanzungen die Arbeit verweigert. Sie forderten vier Pfund monatlich statt zwei und doppelten Lohn für Sonntagsarbeit. Die Arbeitgeber riefen die Polizei zu Hilfe. Sie kam mit Waffen, Knüppeln, Tränengasbomben, stürmte die Lokale, in denen sich die Streikenden verschanzt hatten und vertrieb sie von dort. Als die Unglücklichen vor Gericht gestellt wurden, verurteilte man sie zu zwei Pfund Geldstrafe pro Kopf. Die Gewerkschaft der nichteuropäischen Arbeiter, die vor zwei Jahren gegründet und

kürzlich dem Bund der Landarbeiter angeschlossen wurde, hat, trotz ständiger Verfolgungen und Bedrohungen große Fortschritte bei der Organisation und Erziehung der Massen gemacht. Inder, Afrikaner, Farbige schließen sich ihr zu Tausenden an, zahlen regelmäßig und treu ihre Beiträge, sind begeisterte Gewerkschaftler.

Und ich konnte einer großen Versammlung beiwohnen, die gemeinsam von den indischen und fortschrittlichen Gesellschaften organisiert war.

Um 2 Uhr waren 12 000 bis 15 000 Nichteuropäer auf dem riesigen Marktplatz eines Vorortes der Stadt versammelt. Sie mußten dort, aufmerksam und begeistert, bis gegen 6 Uhr stehen. Ringum waren die Straßen mit Lastwagen und Autobussen versperrt, die mit Manifestanten gefüllt waren. In der Menschenmenge mit den dunklen Gesichtern sah man die roten und braunen Feze der Mohammedaner, die blauen, rosa oder grünen Saris der indischen Frauen. Plötzlich kam eine Gruppe von prächtigen Zulus mit Kopfbekleidungen aus Pelz und auffallenden roten Stickereien, die langen Beine mit Leopardenfellen bedeckt. Zweifellos legten sie in der Woche, bekleidet mit gelben Stoffen, die Straßen oder fuhren Steine, unter den Flügen eines weißen Aufsehers. Heute aber, für die Manifestation ihrer Rasse, legten sie dieses kriegerische Gewand an, das an ihre glorreiche Vergangenheit erinnerte.

Gerade diesen gemeinsamen Kampf der Inder und der Schwarzen gegen das Elend und die rassistische Unterdrückung will die Regierung Mälan um jeden Preis verhindern. Daher bemüht sie sich, diese blutigen Zwischenfälle hervorzuheben, die eine Klüft des Hasses zwischen den Ausbeuteten aufreißen und sie veranlassen, sich gegeneinander zu wenden, statt gemeinsam ein System zu bekämpfen, das ihnen das Recht auf die Freiheit, auf Würde und Leben verweigert.

### Davon lebt der Mensch

Ich weiß nicht, ob sich einmal jemand die Mühe machte, die Tagesration der Lebensmittelzuteilung auf einen — „Haufen“ zusammenzulegen. Wer es tut, kommt sicher wie ich zur Überzeugung, daß die Ration auf die Dauer selbst für einen mittelmäßigen Zwergpfeiler ungenügend und nicht ausreichend ist, um sein Leben zu erhalten.

Die Zuteilung der II. Dekade der 123. Zuteilungsperiode beträgt für alle über 6 Jahre alten Mannheimer 3100 g, die Tagesration also 310 g Lebensmittel. Der „Haufen“ enthält 200 g Brot, 25 g Nahrungsmittel, 25 g Suppen- und Soffenwürfel, Kaffee-Ersatz und Hülsenfrüchte, 10 g Fleisch, 25 g Butter und 25 g Salzheringe oder etwas Ähnliches. Wir nennen das ganze Lebensmittel, sehen dabei ab von dem im Gewicht enthaltenen Abfällen und Beimengungen ohne Nahrungswert.

Davon lebt der Mensch amtlich. Dafür muß er arbeiten und wirken. Wenn er nicht Hungers sterben will, bemüht er sich um zusätzliche Nahrungsmittel. Diese stehen ihm in ausreichender Menge zur Verfügung, falls er Geld dazu hat; denn diese Lebensmittel sind mit Preisschildern versehen, die einen normalen „Sehmann“ schon erschüttern können.

Die Schaufenster zeigen nichts von der Not, die im Volke herrscht. Sie geben das Bild von Uppigkeit und Wohlstand. Was konnte man alles über die Felertage anstaunen. Als ob die Truthähne, Gänse und Enten von drei Jahren auf einmal auf den Markt gekommen wären! Selbster konnte man eine Wandlung beobachten. Von den Truthähnen, Gänsen und Enten ging es zur Geflügel-, Gänse- und Gänseleberwurst. Die ganzen Gänse wurden zu teuer, der Zaster im Geldbeutel zu knapp, das Geschäft floriertere nicht mehr und in umgewandelter Form begegnet uns die Gans wieder, allerdings noch teurer. Sie ist in ihrer Garnierung als Gänseleberwurst dem Zeitlauf anpaßt. Der Aermeist — man tut etwas für ihn — soll sich auch eine Gans, wenn auch auf Stöckern, kaufen können. Natürlich besteht ein Unterschied. Was er hundertgrammweise erstoftet ist nicht mehr lauter Gans und bestimmt nicht lauter Gänseleber. Auf Stöckern macht der Geschäftsmann sein „Geschäft“. Der Käufer aber soll sich trösten, denn für Abschlagszahlung hat er immer schon einen Tribut draufzahlen müssen.

Laut Jahresbericht des Städt. Untersuchungsamtes wird der Käufer am laufenden Band betrogen. Je höher die Preise stiegen, desto tiefer sank die Moral der „Treuhänder“ einer „gerechten“ Verteilung. „Lernen zu klagen ohne zu leiden“ ist der Leitspruch der Geschäftstüchtigsten. Ihr Reichtum wächst dabei. Geschäfte und Geschäftshäuser schießen nur so aus dem Boden. Gemessen an dem Heute ging es in der Gründerperiode vor einem dreiviertel Jahrhundert nur im Schnecken tempo. Das Sprichwort: „Gut Ding hat Weile“ ist bei den Reichtumsrästern etwas Unbekanntes. Sie „sparen“ sehr schnell. Sie sparen vor allem an ihren Steuerzahlungen. Die Horung unbezahlter Steuerzettel ist ein Teil der Geschäftspraxis geworden. Der Arbeiter, Angestellte und Beamte ist davor geschützt, diese ersprießliche Praxis nachzuahmen.

Es gab Nutznießer im 3. Reich. Sie erholten sich von dem unholzigsten ausgehenden Schrecken vor den Spruchkammern als Nutznießer eines neuen „demokratischen“ Staates und werden reich. Wir sind überzeugt, daß sie deshalb auch über Nacht die „besten Demokraten“ geworden sind.

### Wo sie der Schuh drückt

Die Schuhindustrie und der Handel sind in großer Verlegenheit. „Die Ankündigung umfangreicher Einfuhren an Rohhäuten und Fertiglleder hat die Preise für inländische Häute, die im Herbst zu einer ungesunden Höhe heraufgetrieben worden waren, rapid sinken lassen“ meldet die Lizenzpresse, und die letzten Versteigerungen brachten weitere Preisenkünken bis zu 35 Prozent. „Die Weltmarktpreise sind damit annähernd erreicht“, heißt es weiterhin. Das gilt allerdings nicht für die breite Masse der Käufer, denn für diese sind die Schuhpreise immer noch auf unerschwinglicher Höhe. Die Jahresproduktion wird bei Innehaltung der Einfuhren auf über 40 Millionen Paar Schuhe geschätzt, das ergäbe also für jeden Erwachsenen in der Bizone fast zwei Paar Schuhe im Jahr. Trotzdem wird von einer „geschäftlichen Stagnation“ im Schuhhandel berichtet, weil eben zu den jetzigen horrenden Schuhpreisen die breite Masse der Arbeiter und Angestellten nicht kaufen kann und auch der Schwindel mit den „Jedermanns“-Preisen schon längst durchschaut ist. Werden nun die Schuhpreise gesenkt, um den Absatz zu steigern und die Produktion in Gang zu halten? Durchaus nicht, denn der Kapitalismus hat bewährte Methoden, um seine Profite in gewohnter Höhe zu halten. „Als Folge dieses Zustandes“ — d. h. also infolge der Absatzstochung wegen hoher Preise — „zögert der Schuhhandel mit der Erteilung von Aufträgen an die Fabrikanten“. Aber den Produzenten geht es dabei auch nicht schlecht, denn es heißt in dem Bericht: „Immerhin verfügen die größeren und die meisten mittleren Schuhfabriken über ein ausreichendes Geldpolster, um die derzeitige Flaute zu überstehen“. Und auch der Schuhhandel weiß sich zu helfen. Um „an der Krise vorbeizukommen“ hält er es für notwendig „die Zurückhaltung des Publikums zu überwinden und eine kräftige Belebung der Umsätze im Schuhhandel herbeizuführen“. Das soll nun aber nicht auf dem einfachsten und schnellsten Wege der fühlbaren Preisenkünkung erreicht werden, sondern durch „Abschaffung des Zwangs zur Punkteabgabe“. Dann könnte sich nämlich ein zahlungskräftiger Käufer, wenn er keine Schuhpunkte mehr braucht, soviel Schuhe kaufen wie ihm beliebt, während der schaffende Mensch, für den auch die „Jedermann“-Schuhe noch viel zu teuer sind, eben auch weiterhin keine Schuhe zu kaufen vermag. Damit ist die erwünschte Umsatzsteigerung erreicht, also nicht Preisenkünkung sondern Produktionslösung, und Reservierung der Ware für eine zahlungskräftige, privilegierte Käuferschicht. Der Bericht, in dem die Aufhebung

## Unser Ruf: Wir wollen Frieden, nicht Atombomben!

Frauen protestiert mit Eurer Unterschrift bei der UNO!

Das Sehnen der ganzen Welt heißt „Friede“. Einmal wieder frei atmen können, einmal wieder eine Zukunft vor Augen zu haben, endlich das Damoklesschwert dauernder Kriegsbedrohung genommen zu bekommen, danach sehnt sich die gequälte Menschheit. Welche Mutter schaut nicht heute schon mit sorgenden Augen auf ihre heranwachsenden Kinder, wenn sie täglich im Radio, in der Zeitung und sonst überall von den Konflikten zwischen den Völkern, von bedrohlichen Anzeichen, von diplomatischen Verwicklungen und ähnlichem mehr hört. Werden auch sie wieder dem Wahnsinn, der Profitgier einiger gewissenloser Kriegsgewinnler zum Opfer fallen? Wird auch sie einst am Bahnhoff stehen, um mit weher Brust ihrem Jungen einen letzten Gruß zuzuwinke, vielleicht den allerletzten, wie damals — es sind kaum vier Jahre her — als man halbe Kinder noch in die Uniform steckte, um sie draußen „auf dem Felde der Ehre“ einem grausamen Tod auszuliefern? Hat sie ihre Kinder dazu mit aller Liebe gepflegt, daß sie wie willenlose, seelenlose Wesen in die zermalmende Maschine des Krieges geworfen werden?

Voll Grauen denkt sie an die Bombennächte, wo sie zitternd, wehrlos mit ihren Kleinen im Keller saß, als der Tod ringsum blutige Ernte hielt. Zufall, daß sie noch lebt! Noch sind die alten Wunden des vergangenen Krieges nicht verheilt, aber schon wieder lauern gewinnstüchtige Spekulanten darauf, die Welt in einen neuen Brand zu versetzen. Fieberhaft wird unterirdisch ge-

arbeitet. Große Erfindungen, die der Menschheit Segen und Wohlstand bringen könnten, werden in ihrer Hand zu Mordwerkzeugen. Die Atomenergie, richtig angewendet, könnte unser ganzes Leben wohlwollend umgestalten. Statt dessen stellt man die Atombombe damit her. Die erste, die bis jetzt angewandt wurde, verlorste mit einem Schlag 70 000 Menschenleben. Drei solcher Bomben würden z. B. genügen, um die ganze Bevölkerung von Mannheim in einer Minute zu töten. Immer mehr wird dieses Mordinstrument vervollkommen. Einen neuen Krieg mit dieser Waffe nur auszuenden, ruft Entsetzen hervor. Die Menschheit zerfleischt sich selbst.

Muß es denn Krieg geben? Kann die Menschheit nie zur Ruhe kommen? Mütter, wehrt Euch um Eure Kinder! Kein Tier gibt kämpflos sein Junges preis und wir sollten deshalb, weil wir „vernunftbegabte Wesen“ sind, einsehen, daß wir unsere Kinder opfern müssen, um eine Gesellschaftsordnung zu halten, die einem kleinen Teil ein Leben in Ueberfülle, den andern aber nur noch Blut, Hunger und Tränen bringt. Das ist Widersinn!

Es gibt eine Institution in der Welt, die den Frieden der Völker sichern soll, die UNO. Ihr müssen Millionen und Abermillionen Proteste der Mütter und Frauen zu gehen, die die Vernichtung der Atombomben und das Verbot ihrer Herstellung fordern. Der „Hamburger Frauenausschuß“ hat eine Unterschriftensammlung für ganz Westdeutschland gegen die Herstellung der Atombomben und für den Frieden eingeleitet. Auch in anderen Ländern Europas sind solche Unterschriftensammlungen im Gange. Die Frauenabteilung der Kommunistischen Partei setzt sich ganz besonders für diese Sache ein. Sie wird von Haus zu Haus gehen, um alle Frauen aufzufordern, mit ihrer Unterschrift gegen den Krieg zu protestieren. Keine Frau darf sich in dieser Frage abseits stellen!

Wir Frauen sind nicht schwach, wenn wir uns vereinen. Unser Ruf: Wir wollen Frieden! muß machtvoll die Welt erfüllen. Anette Langendorf

## Jedermann hat das Wort

Kommunistische Stadträte stehen Rede und Antwort

Am vergangenen Sonntag fand zum ersten Male in Mannheim ein öffentliches Forum der Stadtratsfraktion der KPD statt. Es stand unter dem Motto: „Mitarbeit der Bevölkerung sichert die Selbstverwaltung“. Es sei das Bestreben der kommunistischen Stadträte, stets mit der Bevölkerung Kontakt zu halten, Anregungen und Wünsche entgegenzunehmen und die Interessen der Mannheimer im Stadtrat und in der Stadtverwaltung wahrzunehmen, erklärte Stadtrat Peter Eimuth einleitend. Seiner Aufforderung, Fragen zu stellen, wurde von den Teilnehmern des Forums lebhaft entsprochen. Vieles wurde einmal ausgesprochen, was den Einzelnen bedrückt. Unmöglich für uns, all die zahlreichen Fragen und Antworten der Stadträte hier wiederzugeben.

Die erste Frage betraf das Nationaltheater. Warum haben die kommunistischen Stadträte einem Zuschuß von 1,2 Millionen DM ihre Zustimmung gegeben? Stadtrat Weber sagte dazu, daß überhaupt noch nicht im Stadtrat über einen Zuschuß abgestimmt worden sei. Diese Frage wird, allerdings in geringem Umfang, aktuell im Rahmen der in Kürze beginnenden Haushaltsberatungen. Das Nationaltheater könne nicht mit einem Privatunternehmen verglichen werden, es habe eine große geschichtliche Tradition. Seine Aufgabe sei, das zu pflegen und an dem anzuknüpfen, was gut und fortschrittlich in der deutschen Geschichte sei. Und nun folgte Frage auf Frage.

Am vergangenen Sonntag fand zum ersten Male in Mannheim ein öffentliches Forum der Stadtratsfraktion der KPD statt. Es stand unter dem Motto: „Mitarbeit der Bevölkerung sichert die Selbstverwaltung“. Es sei das Bestreben der kommunistischen Stadträte, stets mit der Bevölkerung Kontakt zu halten, Anregungen und Wünsche entgegenzunehmen und die Interessen der Mannheimer im Stadtrat und in der Stadtverwaltung wahrzunehmen, erklärte Stadtrat Peter Eimuth einleitend. Seiner Aufforderung, Fragen zu stellen, wurde von den Teilnehmern des Forums lebhaft entsprochen. Vieles wurde einmal ausgesprochen, was den Einzelnen bedrückt. Unmöglich für uns, all die zahlreichen Fragen und Antworten der Stadträte hier wiederzugeben.

Kaum 300 Leuten waren zur Massenversammlung der Mannheimer CDU im Rosengarten zusammengelassen, trotzdem einer der Prominentesten, Herr Anton Storch, Direktor der Arbeit, als Redner angekündigt war. „Die Zeit nach der Währungsreform hat uns manche bittere Stunde bereitet“, meinte Herr Storch, was an der verkehrten Struktur dieser Reform gelegen habe. Aber warum verkehrt? Etwa weil den kleinen Sparern das Letzte genommen wurde? Weit gefehlt. Verkehrt nach Herrn Storch deshalb, weil durch die Währungsreform zu viel Geld in die Hände des deutschen Volkes gekommen sei. Aber die unsozialen Erscheinungen im Gefolge der Währungsreform seien im wesentlichen bereits überwunden und man werde bald zu einem erträglichen Preisniveau kommen. Man sieht, Herr Storch, unterscheidet sich darin nicht von seinem Kollegen und Parteigenossen im Verwaltungsrat, Herrn Ehrhardt, der bekanntlich die Preise „auspen-

Verständlicherweise gab die Wohnungsnot besonderen Anlaß zu vielen Fragen und Klagen. Wie weit ist das soziale Wohnungbauprogramm der Stadt durchgeführt? Warum werden die vielen leerstehenden Gebäude und Wohnhäuser von der Besatzungsmacht nicht freigegeben? Wie steht es mit der Verwendung von Wohnraum für Bürozwicke? Wer verteilt die Wohnungen? Warum müssen immer noch Familien in Kellerräumen oder sogar in Gartenlauben wohnen? usw.

Aus den Antworten des Beigeordneten Ritter entnehmen wir, daß infolge der ungeheuerlich gestiegenen Baukosten etwa 1000 angefangene Wohnungsneubauten oder Ausbauten nicht weiter geführt werden können. Das soziale Wohnungbauprogramm der Stadt Mannheim konnte aus dem gleichen Grunde, und weil durch die Währungsreform das Vermögen der Stadt vollkommen aufgezehrt wurde, nur zu einem kleinen Teil und nur durch Inanspruchnahme privater Gelder durchgeführt werden. Voraussichtlich werden zirka 120 Wohnungen dieses Jahr fertig und es müßte alles getan werden, um dahin zu kommen, daß die Mieten für diese Wohnungen 50,- DM für 2 Zimmer und Küche nicht übersteigen. Eine solche Wohnung könne normalerweise auf 100,- DM und darüber. Die malmere Räume oder für sonstige gewerbliche Zwecke umgewandelten Wohnräume werden gegenwärtig überprüft, um noch Wohnraum frei zu bekommen. Auch die für gewerbliche

Zwecke benutzten Schulräume seien jetzt alle gekündigt worden, sodaß bald mehr Schulraum zur Verfügung stünde. Stadtrat Eimuth verwies auf den Antrag der kommunistischen Stadtratsfraktion, wonach die Militärregierung durch die Stadtverwaltung ersucht werden soll, von den zahlreichen beschlagnahmten Gebäuden, Kasernen usw. wenigstens einen kleinen Teil freizugeben. Diesem Antrag, dem der gesamte Stadtrat zugestimmt habe, wurde bis jetzt noch nicht entsprochen. Nicht verstanden wird bei der Bevölkerung, daß die Stadt sehr hohe Gehälter und Pensionen trotz der schwierigen finanziellen Lage bezahlt. Diese sind reichsgesetzlich festgelegt und, trotzdem wir kein Reich haben, noch geltend. Wenn auch davon sehr hohe Steuern in Abzug kommen, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Stadt Mannheim das Geld aufbringen muß.

Die Entlassungen bei der Stadtverwaltung, der Generalbebauungsplan, die Fahrpreise für Straßen- und Reichsbahn gaben Anlaß zu weiteren Fragen, die durch die Stadträte Langendorf, Kober, Stark, Kunz u. a. beantwortet wurden. Im Ganzen gesehen kann dieser erste Versuch, einen engeren Kontakt zwischen der Bevölkerung und der kommunistischen Stadtratsfraktion herzustellen und die wichtigen kommunalen Fragen zu besprechen, als gelungen bezeichnet werden. Es ist zu hoffen, daß diesem Forum bald weitere folgen werden.

## An schönen Worten hat es nicht gefehlt!

Bizonendirektor für Arbeit findet für seine Tiraden in Mannheim nur ein leeres Haus

„An schönen Worten hat es nicht gefehlt!“ läßt die Löhne sollen an die Preise angepaßt werden, das klang aus dem Munde des Herrn Storch ganz schön, aber „allerdings im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten“. Gewerkschaften und Arbeitgeber würden das Recht haben, in freien Vereinbarungen die Löhne festzusetzen, staatliche Schlichtungsinstanzen sollen dabei nur „beratend“ mitwirken. Aber auch hier wieder mit der Einschränkung, daß für wichtige Wirtschaftszweige, wie Verkehr und Kohlenbergbau und andere Berufe, staatliche Schlichter zwangsweise die Lohnsätze festsetzen können. Was dies bei dem Charakter des westdeutschen Staates bedeutet, dürfte jedem Einsichtigen klar sein. Der Redner behandelte ausführlich das Thema Sozialversicherung, bezeichnete die Lage auf diesem Gebiete als ungesund, jedoch vermüßten wir Vorschläge, die zu einer wirklichen Gesundung der Sozialversicherung führen könnten. Das von dem Redner rühmlich hervorgehobene Sozialversicherungs-

anpassungsgesetz des Frankfurter Wirtschaftsrates dürfte doch mit seiner Erhöhung der Renten um ganze 15,- DM im Monat nicht ausreichend sein, um der riesigen Not unserer Alten und Invaliden nur einigermaßen zu steuern. Herr Storch will die Gegensätze zwischen reich und arm, zwischen Arbeitern und Kapitalisten ausgleichen. Die neuen Werte, die geschaffen werden, sollen dem gehören, der sie sich wirklich erarbeitet, das deutsche Volk soll in Zukunft eine größere soziale Ausgeglichenheit bekommen. Anonyme Kapitalisten sollen nicht wieder das deutsche Volk in neue Katastrophen stürzen können, usw.

Man sieht, an schönen Worten hatte es dem Redner nicht gefehlt. Aber die rauhe Wirklichkeit der Pünder, Ehrhardt, Schlange-Schönungen, der Parteigänger des Herrn Storch, sieht anders aus. Sie sieht so aus, daß anonyme und nichtanonyme Kapitalisten mit Hilfe der genannten Herren das deutsche Volk bis auf das Letzte ausplündern, und daß diejenigen, die gestern das deutsche Volk in die Katastrophe gestürzt haben, heute wieder im bizonesischen Deutschland in Amt und Würden sitzen — eben mit Hilfe der Partei des Herrn Storch. Und die Aufgabe des Herrn Storch ist, mit sozial klingenden Redensarten die Arbeiter bei der Stange zu halten.

## Begegnung mit der Lüge

Aus einer Leserschrift:

An die Stelle der gleichgeschalteten Hitler-Lügenpresse ist inzwischen die lizenzierte demokratische Presse getreten. Sie hat nicht nur eine große politische Aufgabe, sondern auch eine hohe stitliche Aufgabe zu erfüllen, vor allem die leider Allzuvielen wieder einmal mit dem Begriff der Wahrheit vertraut zu machen. Aber diese Presse macht auf uns mit jedem Tag mehr den Eindruck, daß sie das Lügen- und Verleumdungsgewerbe genau so gut beherrscht wie die Hitlerpresse, daß sie mit dem gleichen Prinzip arbeitet. Je größer die Lüge, um so eher wird sie geglaubt. Der Schwindel kann gar nicht faustdick genug sein.

Was soll man z. B. von einem solchen Mästerchen halten, das in der letzten Samstag-Ausgabe des „Mannheimer Morgen“ unter der Spitzmarke „Eine Begegnung“ erschienen ist? Ein deutscher Kriegsgefangener aus dem zweiten Weltkrieg begegnet in einem sibirischen Sibirien seinem Vater aus dem ersten Weltkrieg, welcher 1919 wegen eines einfachen Fluchtversuches zum Tode verurteilt, und dann zu 30 Jahren Zwangsarbeit begnadigt worden sein soll. In diesem Jahr soll er entlassen werden. Selbst wenn er einen Raubmord begangen hätte, wären 30 Jahre eine Unmöglichkeit, denn in dieser Höhe unmöglich. Dort weiß man, daß man auch in zehn Jahren einen Menschen psychisch zerbrechen kann. Solche schamlosen Märchen finden aber in der heutigen Lizenzpresse ohne weiteres Eingang. Bildet Euch nicht ein, daß Ihr mit Eurer armseligen, erbärmlichen Hetze der SU schadet, den Schaden wird ausschließlich wieder einmal das deutsche Volk zu tragen haben. H.St.

## Unternehmer schlägt Arbeiter blutig

Auf diese Art soll Belegschaft der Firma Wieland eingeschüchert werden, um Tarifrechte nicht geltend zu machen.

Es ist noch nicht lange her, da beschäftigten wir uns mit den Zuständen bei der Firma Ludwig Wieland, Metallveredelungswerk in Mannheim. Heute müssen wir es wieder tun. Was sich der Firmeninhaber gegenüber einem Arbeiter leistete, der nicht mehr tat, als auf seinem Recht zu bestehen, müßte diesen Unternehmer vor die Schranken des Gerichtes bringen.

Ein bei ihm beschäftigter Arbeiter verlangte für 4½ Ueberstunden den ihm nach tariflicher Bestimmung zustehenden Zuschlag. Mit der Begründung: Für Holzhacken und Zentralheizung bedienen gäbe es bei Ueberstunden keine Prozente, weil es keine produktive Arbeit sei, lehnte Wieland die Zahlung ab. Noch ein Argument hatte dieser Unternehmer, nämlich, daß durch eine vor 3 Monaten bezahlte Lohnerhöhung von 5 Pfennig für die Stunde die Ueberstundenzuschläge schon wettgemacht seien. Als der Arbeiter sich von seiner Forderung nicht abbringen ließ, gab er die Anweisung im Lohnbüro, sie ihm doch zu zahlen. Als der Arbeiter auf dem Weg vom Lohnbüro zu seinem Arbeitsplatz durch den Hausflur ging, wurde er rücklings von dem Unternehmer überfallen und von diesem mit der Faust ins Gesicht geschlagen, daß das Blut nur so spritzte. Wieland ließ erst

von seinem Opfer los, als eine Angestellte des Lohnbüros ihn wegzog.

Der Arbeiter verständigte die Polizei. Als er wieder auf seinem Arbeitsplatz erschien, hatte er im Werk keinen Zutritt mehr. Wieland stand unter der Tür und erklärte ihm, er könne seine Sachen packen und gehen. Die Arbeiter des Werkes sollten offenbar nicht sehen, wie Wieland sein Opfer zugerichtet hatte.

Nach einer eingetragenen Bewußlosigkeit stellte nach späterem Aufsuchen eines Arztes dieser fest: Auf Hinterkopf und Scheitelhöhe schmerzhafte und druckempfindliche Prellungen mit leichter Schwellung, jedoch ohne Verletzung der Haut. Blüten aus beiden Nasenlöchern. Dieser Befund rührt offenbar von äußerer Gewaltwirkung her.

Bis heute ist der Arbeiter noch arbeitsunfähig. Offenbar führt der Firmeninhaber Wieland ein mittelalterliches Terrorregime in seinem Werk. Möglich, daß er in dem Arbeiter, der auf seinem Tarifrecht bestand, den Veranlasser gesehen hat, daß die Industriegewerkschaft Metall sich für die Zustände in seinem Betrieb interessierte und er deshalb glaubte, den Arbeiter traktieren zu müssen. Die Gewerkschaft wird sich wohl erst recht um die Vorgänge in diesem Betrieb kümmern.

### Zeitungsverkäufer gesucht

Wir suchen für das Stadtgebiet Mannheim Straßenverkäufer für das „Badische Volksecho“. Den Verkäufern wird Fixum garantiert. Interessenten wollen sich bei der Nordbad. Druck- und Zeitungsvertriebsges., Mannheim, S 3, 10, bewerben.

## Über die Frauen

Auf der Insel Tikotela — 450 Seemeilen südöstlich der Salomongruppe gelegen — tragen die Frauen kurzes und die Männer langes Haar, das sie mit aller Sorgfalt bleichen. Läßt sich hier das Sprichwort anwenden: „Lange Haare — kurzer Verstand“?

Frauen seien erheblich redgewandter als Männer, erklärte der amerikanische Wissenschaftler Dr. Palmer, außerdem seien die weiblichen Sprechorgane viel stärker ausgebildet als die der Männer. Es ist ja bekannt, daß Mädchen früher und leichter sprechen lernen als Knaben.

Einem Bericht der Berliner Versicherungsanstalt zufolge weisen die Männer einen höheren Krankenstand auf als die Frauen. Die größere Anfälligkeit der Männer führt man auf die Kriegseinwirkungen zurück.

Auf die Frage nach den geliebtesten Frauen Hollywoods antwortete Melvin Douglas: Greta Garbo, Myrna Loy und Katharine Hepburn seien kultivierter wie alter Wein und erfrischend wie eine kalte Dusche.

Unter Mithilfe der Gewerkschaften und der Parteien haben die Aktivisten des Sackwerkes, Frauen und Männer, in freiwilligen Arbeitsstunden ein Klubhaus gebaut. Neben den Aufenthaltsräumen mit Spielzimmern wurde ein besonderer Raum für die Frauen geschaffen, in dem sie ihre Probleme erörtern und angenehme Plauderstunden verbringen können.

Eine findige Farmerin in Okasis hätte einen Affen zu sich genommen, als er ein paar Wochen alt war. Sie ließ ihn mit ihrer Ziegenherde wandern, an die er sich mit der Zeit darat gewöhnt hatte, daß sie ihm die Herde eines Tages ohne Bedenken anvertrauen konnte. Jeden Morgen treibt er sie ins Freie und bringt sie abends in den Stall.

Während im Durchschnitt in Deutschland 125 Frauen auf 100 männliche Personen entfallen, ist das Verhältnis in Berlin 147 zu 100. Am niedrigsten ist der Frauenüberschuß in Hamburg, wo auf 100 Männer „nur“ 116 Frauen kommen.

## So kann geholfen werden

Die Kommunistische Landtagsfraktion hat am 18. Februar einen Antrag eingebracht, die Staatsregierung zu ersuchen, vorbehaltlich der zonalen oder bizonalen Neufassung des Gesetzes Nr. 74 — Körperbeschädigten-Leistungsgesetz — bereits Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Regierung soll veranlassen, daß den Witwen und Eltern, die durch die vom Länderrat der amerikanischen Zone am 15. Februar beschlossene Gesetzesänderung Anspruch auf Hinterbliebenenrente erhalten, die vorgesehene Rente ab 1. Januar 1949 vorschubweise ausgezahlt wird, ferner, daß alle bislang an Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen gewährten Renten ab 1. Januar 1949 vorschubweise um 20 Prozent erhöht werden.

Bei der Behandlung des Antrags würde sich zeigen, ob die Regierungsparteien gewillt sind, nicht nur in formalen Zustimmungserklärungen, sondern in der Tat die völlig unzureichenden Renten des KB-Leistungsgesetzes aufzubessern. Stillschweigend hat man diese „Großzügigkeit“ bei den Pensionszahlungen an Berufsoffiziere und ihre Angehörigen besessen, ohne zu warten bis das Gesetz formal gültig ist. Die Opfer des Krieges haben weit mehr Anspruch darauf, daß man in ihren Fällen so verfährt.

## Übers Ohr gehauen

Ein „tüchtiger“ Geschäftsmann

Eigenartiger Methoden bedient sich Herr Späth, Inhaber einer Taxi-Gesellschaft in Schwetzingen, um seine Arbeitskräfte über das Ohr zu hauen. Einer seiner Fahrer mußte das Arbeitsgericht anrufen, weil er ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist auf die Straße gesetzt worden war, obwohl er täglich bis zu 14 Stunden im Interesse des Herrn Späth gearbeitet hatte. Der Fahrer verlangte Bezahlung von 40,- DM restlichen Lohn und außerdem Bezahlung der Kündigungsfrist. Nach der Lage des Falles mußte die Klage einen unbedingten Erfolg haben, wenn es nicht Herrn Späth geblüht wäre, seinen Fahrer auf hinterlistige Weise zu überbügeln. Er hatte ihm nämlich eine Quittung, lautend auf 40,- DM, vorlegen lassen, die folgenden Vermerk enthielt: „Hiermit sind alle Ansprüche ausgeglichen.“ Dummerweise unterschrieb der Fahrer diese Quittung, erhielt aber das Geld trotzdem nicht, weil die Firma noch verschiedene ungerechtfertigte Abzüge machen wollte.

Der Vertreter des Herrn Späth gab vor dem Arbeitsgericht zu, daß der Kläger die quittierten 40,- DM noch nicht erhalten habe. Das Arbeitsgericht verurteilte dementsprechend die Firma auf Zahlung von 40,- DM, lehnte jedoch das Verlangen des Klägers auf Zahlung von 160,- DM für die Kündigungsfrist ab. „Der Kläger habe durch die Unterschrift auf der besagten Quittung sich seines Rechtes begeben“, sagte der Arbeitsrichter. Sonach hat das Arbeitsgericht aus einem rein formalrechtlichen Grunde die berechtigten Ansprüche des Fahrers abgewiesen und das Betrugsmanöver des Herrn Späth nachträglich sanktioniert.

### Wichtig für weibliche Angestellte

Für viele weibliche Angestellte dürfte ein Urteil des Mannheimer Arbeitsgerichtes von besonderer Wichtigkeit sein, das dieser Tage erging. Es handelte sich um die Weiterzahlung des Gehaltes während der Zeit des Wochenbettes. Die Firma Knoll A.-G., Ludwigshafen, hatte eine solche Zahlung aus prinzipiellen Gründen abgelehnt. Die betreffende Angestellte erhielt nur das übliche Wochengeld von der Krankenkasse. Die Firma ist aber verpflichtet, auch für die Zeit des Wochenbettes den Gehalt bis zu sechs Wochen zu zahlen, lautete der Spruch des Arbeitsgerichtes. Dieser Spruch stützt sich auf die geltenden gesetzlichen Bestimmungen, wonach Angestellten im Krankheitsfalle der Gehalt für sechs Wochen weiter gewährt werden muß. Im vorliegenden Falle kann die Firma allerdings das von der Krankenkasse ausbezahlte Wochengeld in Abzug bringen.

Bedenken

Wie aus Kreisen des Frankfurter Zweimächte-Kontrollamts verlautet, sind von britischer Seite erhebliche Bedenken gegen das vom Wirtschaftsrat verabschiedete Gesetz zur Anpassung der Leistungen der Sozialversicherung an das veränderte Lohn- und Preisgefüge, geäußert worden.

Westsektoren Berlins in den künftigen deutschen „Weststaat“ abgelehnt hatte. Dafür aber überraschte Herr Reuter die Berliner mit einer anderen Freudenbotschaft und verkündete die demnachstige Einsetzung der „Westmark“ als alleiniges Zahlungsmittel für die Westsektoren Berlins.

finden, als Ersatz für ihre früheren unverantwortlichen Anschuldigungen gegen die Gerichtsverhandlung. Es ist jedoch nicht schwer, eine Erklärung für den Umschwung in der Meinung des Vatikans zu finden.

den Prozeß (der in den westlichen Ländern längst abgeschlossen ist) der Verweltlichung der Erziehung und des Untergrabens des politischen Einflusses der Kirche durch verschiedenartige Maßnahmen einzuleiten.

Schach

Problem Nr. 6 K. Held, Waldhof 1. und 2. Preis geteilt. Schachdiagramm mit Figuren auf dem Brett.

Matt in zwei Zügen Kontrollstellung: Weiß: Kf5, Dc6, Ta4, f1, Lg1, h1, Sbl, f5, Bc2, g3 (10).

Schwarz: Ke4, Tc4, d4, Lf3, b6, Sf7, g2, Bb5, c7, e3, e5, h5 (12).

Lösung zur Kombinationsaufgabe Schwarz rettete sich durch ein elegantes Damenopfer. 1. Dh1+, Kxh1, 2. Lf3+, Kgl, 3. Td1 #.

Internationales Schachturnier Luzern Bei diesem Turnier beteiligten sich die Schweizer Grob, Blau, Tordion und Küpper, der Holländer Spanjaard, der österreichische Bundesmeister Galla und die Deutschen Unziker und Sämsich.

Das Endergebnis ist: 1. Unziker, München 5 1/2 Punkte, 2. Spanjaard, Utrecht, 4 1/2 Punkte, 3. Sämsich, Kiel, 4 Punkte, 4.-5. Blau, Bern, und Galla, Wien, je 3 1/2 Punkte, 6. Grob, Zürich, 3 Punkte, 7.-8. Küpper, Luzern, und Tordion, Court, je 2 Punkte.

Ein Oberbürgermeister als Spekulantenhelfer

„Wenn jemand eine Reise tut...“ Als dergenannte Oberbürgermeister von Berlin, Herr Professor Reuter von seiner Reise nach London und Paris nach Berlin zurückkehrte, mußte er natürlich die Bedeutung und den Erfolg seiner Reise herausstellen.

Papst und Kardinal

Auszüge aus einem Leitartikel des „New Statesman and Nation“ Die Erklärung des Vatikans vom Fall Mindestzenty hat in den Reihen der katholischen Propagandisten große Verwirrungen angerichtet.

Es erscheint, daß der Vatikan entschieden hat, daß solche Bedingungen im Osten Europas nicht gegeben sind. Rom sieht sich nicht schwankenden Regierungen gegenübergestellt, die es hoffen kann, zu stürzen.

„Auch bei uns nicht anders“

Ich las kürzlich in Ihrer Zeitung die Leserschrift, in der Klage geführt wurde, daß die Arbeitslosen von Waldürn jede Woche zweimal neun Kilometer weit nach Buchen zum Arbeitsamt kommen müssen.

NATIONALTHEATER MANNHEIM

Sonntag (Fastnacht), 27. Febr., nachm., freier Verkauf: Kinder-Faschings-Revue: Wir suchen einen Prinzen. Von Walter Pott. Anfang 14, Ende etwa 16 Uhr.

Für kalte Tage gute Schnäpse

preiswert: Wacholder, 38 % . . . . . Fl. 9,90 Doppelkorn, 38 % . . . . . Fl. 10,40 Goldbranntwein, 38 % Fl. 12,50

Westholener natur

guter Rheinlees. Weißwein Liter 3,60 Wermutwein, rosigold Fl. 5,90 Wermutwein, weiß Fl. 6,90

ALSTER-LICHTSPIELE DAS THEATER AN DEN PLANKEN

In unserem Fastnachts-Programm ab Freitag, den 25. Februar, erwartet Sie „PHILINE“ die Dame für frohe Stunden!

Palast-Theater und Capitol-Theater

Ab Freitag bis Donnerstag in beiden Theatern ein entzückendes neues Lustspiel der Bavaria nach dem gleichnamigen Roman von Ludwig Thoma

EISSTADION FRIEDRICHSPARK

Lydia Veicht's Münchener Eisrevue „Weltstadt-Melodie“ Buenos-Aires-Wien-New York-Paris = 52 Eiskünstler v. Welttr spielen u. tanzen für Sie

Volksbuchhandlung MANNHEIM - S 3, 10

Große Auswahl an schöngeistiger und wissenschaftlicher Literatur, Jugendbücher, Unterhaltungsromane, Fachliteratur.

Wir bieten an:

- 1948er Alsheimer Weißwein . . . . . 1/2 Fl. o/Gl. DM 2,95 1947er Malkammerer Spielfeld . . . . . 1/2 Fl. o/Gl. DM 3,30 1948er Frankweiler Weißwein . . . . . 1/2 Fl. o/Gl. DM 3,60

1 Posten Geschäftsräder

mit kleinem Vorderrad sowie Sachsmotorräder eingetroffen

RADIO INGENIEUR KARL GEIGER

Mannheims ältestes Fachgeschäft Mainstraße 49, Tel. 515 36 bietet u. a. ab Lager an: Einkleiser ab DM 155.- Super . . . ab DM 225.-

Bau-Unternehmen

empfiehlt sich für Hoch- Tief- Eisenbeton Zimmer- und Gipsarbeiten ebenso für Fußböden (fugenlos) Wärmetechnik isoliert

Möbel Textil

Wir richten Ihre Wohnung ein und kleiden sie vollständig! Beratung unverbindlich!

KURZWAREN für die Hausfrau

zu kleinen Preisen! Handfaden Reißverschlüsse Maschinennadeln Besatzborden Stopfgarn Straps Nähseide Hosenträger Gummiband Sockenhalter Armblätter Aermelhalter Knöpfe Badehauben

Inserieren im „Badischen Volksecho“ bringt Gewinn!

Peter Rosenzweig Kobellstraße 13 Tel. 50840 Neuanfertigung v. Drahtmatratzen in allen Größen und Reparaturen

Öfen und Herde

Haushaltwaren, sanitäre Installationsartikel finden Sie preiswert bei R. & W. Spiegel 5 6, 15, zwischen S 6 und T 6

Gute Arbeitshemden

in schönen praktischen Farben 11 10 45 9 65 8 Fruchs MANNHEIM 05,3 Seitenstraße

Haben Sie schon Ihr Glücklos!

Höchstgewinn 1/2 Million 50 000 Gewinne zus. 12 Millionen Stürmer Heidelberg Postamt Postcheckkonto Nr. 250 Karlsruhe Spielergewinn wird gewahrt

Konfirmanden- u. Kommunikantenzüge

Konfirmanden- u. Kommunikantenhemden Stoffe für Konfirmandenkleider Bekleidungshaus Kaefler Mannheim K 1, 5

Heinrich Weber MANNHEIM

Auto-Elektrik, Bosch-Vertrags-Werkstätte Diesel-Einspritzpumpen, Bosch-Hämme Hyg. Gummischutz!

Einsegnungs-Anzüge

Schumacher-Rebholz SPEZIALHAUS FÜR HERREN- U. KNABENBEKLEIDUNG Mannheim - N 3, 12 - Kunststraße

Anton Hauser Kohlenhandlung

Mannheim Gärtnerstraße 16 - Telefon 53485 Der schlechteste Herd wird wieder repariert. Garantie für Brennen u. Backen. Alle Reparaturen an Herden und Öfen, sowie Setzen, Putzen und Ausmauern

Elektro-Lösch

Mannheim, D 4, 17 Licht Kraft Radio Neuanstellung elektr. Licht-, Kraft- und Radioanlagen, Reparaturen, Verkauf von Beleuchtungskörpern und elektr. Haushaltsartikel

Schreiber 1850

SONDERANGEBOT! Sauerkraut 500 g DM -13 Eingemachte Rote Rüben 500 g DM -34 Essig-Gurken 500 g DM -44 Essig-Gemüse nach Hausfrauenart 500 g DM -83 Trockenpilze ca. 30-g-Beutel DM -38 Der Inhalt eines Beutels entspricht etwa der Menge von 1 1/2 Pfd. Frischpilzen



Bampf-Trommelwaschmaschinen

mit Unterleerung für Hand- und Kraftbetrieb liefert H. Menzel Bretten in Baden Telefon 464 Weffer-Mäntel in reicher Auswahl für den Herrn, die Dame und das Kind: Mäntel aus Igelit, Gummi, Loden und Leinen . . zu soliden Engelhorn-Preisen.